

Fakten statt Stimmungsmache!

Argumente zur Kampagne der AfD gegen die Erstwohnhäuser im Sensfelder Weg

Die AfD Darmstadt hat eine Kampagne gegen die Erstwohnhäuser für geflüchtete Menschen im Sensfelder Weg losgetreten. Sie fürchtet die Entstehung eines "Ghettos", kritisiert die scheinbar sehr hohen Kosten und will einen Baustopp erklagen. Was ist dran an der Darstellung der AfD, die sie auf ihrer Website und in ihrer Fraktionszeitung verbreitet?

DIE LINKE.
Kreisverband Darmstadt

Die AfD fordert eine "dezentrale Unterbringung" auf viele Standorte

Ist dezentrale Unterbringung besser als eine zentrale Unterkunft?

Auf jeden Fall. In Darmstadt wurde das mit breiter Zustimmung aller Parteien bis 2015 auch so gehandhabt. Für die gestiegene Zahl von Geflüchteten, die seit dem vergangenen Sommer in Darmstadt eine erste Bleibe finden müssen, ist das leider nicht mehr für alle möglich. Der Wohnungsmarkt gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist bekanntlich sehr eng. Die Warteliste beim Wohnungsamt ist lang. Und dass die Stadt ihre Belegungsrechte für Sozialwohnungen nur für Geflüchtete einsetzt, kann die AfD eigentlich nicht wollen.

Die AfD will ein "Ghetto" verhindern und meint, dass sich für die "600 Anwohner" in den umliegenden Wohngebieten besondere Belastungen ergeben.

Ist die Entstehung eines "Ghettos" oder sozialen Brennpunkts zu befürchten?

Ein Ghetto ist ein abgesondertes Wohnviertel für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. In der Geschichte war damit oft die gezielte soziale Ausgrenzung oder sogar das Einsperren der Bewohnerinnen und Bewohner verbunden. Das kann man der Stadt aber nicht vorwerfen. Im Sensfelder Weg sollen die Geflüchteten durch hauptamtliches Personal vor Ort unterstützt werden. In Gemeinschaftsräumen gibt es Möglichkeiten zur Kommunikation und für Treffen mit den Darmstädterinnen und Darmstädtern. Das ist sogar ein Vorteil einer zentralen Wohnanlage. Dies als Ghetto zu bezeichnen ist sehr fragwürdig.

Ob die Neuankömmlinge im Sensfelder Weg ausgegrenzt oder integriert werden, hängt vor allem davon ab, wie die Einheimischen sich verhalten – ob sie auf die Geflüchteten zugehen oder sich von ihnen abgrenzen. Dabei kommt auf die Anwohnerinnen und Anwohner in der Umgebung der Unterkunft keine größere Aufgabe zu als auf die anderen Darmstädterinnen und Darmstädter. Übrigens: In der Jefferson-Siedlung in Eberstadt leben ebenfalls mehrere hundert Geflüchtete. Es gibt keine Berichte, dass dort die Bedingungen eines "sozialen Brennpunkts" herrschen und besondere Belastungen für die Anwohner entstehen.

Die AfD klagt auf Baustopp, weil der Bau der Erstwohnhäuser rechtswidrig sei.

Setzt sich die Stadt über Baurecht und Umweltrecht hinweg?

Die Seveso-Schutzzone, die den minimalen Abstand von Chemie-Anlagen zu Wohngebieten und öffentlichen Einrichtungen vorschreibt, endet kurz vor dem Baugrundstück. Außerdem wurde ein Gutachten eingeholt, dass das Baugelände nicht von Giftstoffen verseucht ist. Die AfD nennt keine Gründe, warum sie an diesen Aussagen der Stadt zweifelt.

In der Tat setzt sich die Stadt über den Bebauungsplan hinweg. Die Rechtsgrundlage hierfür ist eine Ausnahmeregelung im Baugesetzbuch (§246), die der Bundestag speziell für die Unterbringung von Flüchtlingen vorübergehend erlassen hat. Diese Tatsache wird von der AfD nicht beachtet. Aus dieser gesetzlichen Regelung ergibt sich übrigens auch der Zwang, die Häuser nach 10 Jahren abzureißen.

Für den Baustopp-Antrag gibt es keine guten Gründe. Das Vorgehen entspricht dem Politikmuster der AfD: viel behaupten, nichts belegen, Widerlegungen ignorieren. Einziges Ziel: Stimmung machen. Das ist einfach nur demagogisch.

Die AfD bezeichnet die Wohnungen als "absurd teuer"

Wie hoch sind die Kosten für die Erstwohnhäuser?

In der Tat erscheinen 25 Euro/qm monatliche Kaltmiete gegenüber der Mietspiegel-Vergleichsmiete von 11 Euro/qm außerordentlich teuer, zumal sich jeweils acht Personen Bad, Küche und Aufenthaltsraum teilen müssen. Es ist aber wenig sinnvoll, die Kosten eines für 10 Jahre gebauten Hauses mit einem für mindestens 50 Jahre errichteten Gebäude zu vergleichen. Die monatliche Miete beträgt pro Person 285 Euro kalt zuzüglich 90 Euro Betriebskosten. Das ist – leider – auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt auch für eine sehr kleine Wohnung ein normaler Preis. Viel günstiger könnte die Stadt die Geflüchteten also kaum unterbringen. Für die Einquartierung in Hotels und Pensionen zahlt sie jedenfalls deutlich mehr. Eher als zu hohe Kosten könnte man den niedrigen Standard der Unterbringung kritisieren.

Nach unseren Berechnungen werden sich die Gesamtkosten im Laufe von 10 Jahren auf 43 Mio Euro summieren, nicht auf 54 Mio Euro wie die AfD behauptet. Ausgaben in dieser Größenordnung würden auch entstehen, wenn sich die Stadt für eine dezentralere Lösung entschieden hätte. Übrigens zahlt das Land den Kommunen für jeden aufgenommenen Flüchtling eine Kostenerstattung von 1050 Euro für Unterkunft, Integration und Gesundheitsversorgung. Der städtische Haushalt wird durch die Erstwohnhäuser also nicht belastet.

Die AfD hofft auf sinkende "Flüchtlingsaufnahmezahlen"

Baut die Stadt am Bedarf vorbei?

Zur Zeit leben 250 Geflüchtete in Hotels oder Pensionen, weitere 250 in vorübergehend hergerichteten Wohnungen in den Kelley-Barracks, die Ende des Jahres möglicherweise aufgelöst werden. Momentan kommen monatlich etwa 100 Asylbewerber neu in Darmstadt an. Daher ist nicht anzunehmen, dass die Erstwohnhäuser leer stehen werden.

Natürlich ist zu hoffen und politisch darauf hin zu wirken, dass in den kommenden Jahren weniger Menschen flüchten müssen und die Flüchtlingszahlen sinken. Momentan gehen die Zahlen aber deshalb zurück, weil immer mehr Fliehende im Mittelmeer ertrinken oder in griechischen Lagern elend und perspektivlos stecken bleiben. Vor diesem Hintergrund ist die Genugtuung über ausbleibende Flüchtlinge ein Zeichen von Verrohung.

Deshalb sollte die Stadt Darmstadt weiterhin bereit sein, ihren Teil zur Aufnahme von Menschen in Not beizutragen. Dazu gehört, dass Unterbringungsmöglichkeiten auch dann erhalten bleiben, wenn sie zeitweise nicht ausgelastet sind. Diese Lehre sollte man ziehen aus der Situation vom Herbst 2015, als Sport- und Veranstaltungshallen zu Notunterkünften umfunktioniert werden mussten.

Wir sagen:

Wohnungsnot, niedrige Löhne und Renten, prekäre Jobs oder das marode Gesundheitssystem sind Folgen der unsozialen Politik von Bundes- und Landesregierungen. Die Unternehmen und die Reichen wurden immer mehr aus ihrer Verantwortung entlassen. Die Flüchtlinge sind nicht schuld an diesen Missständen. Ohne sie würden die sozialen Probleme sicher nicht verschwinden!

Um die sozialen Probleme anzugehen, muss beispielsweise massenhaft günstiger Wohnraum geschaffen, der Mindestlohn und die Renten müssen angehoben, der Missbrauch von Leiharbeit muss verboten und die Arbeitszeit verkürzt werden. Es geht darum, endlich eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten durchzusetzen. Dazu hat die AfD nichts beizutragen. Stattdessen lenkt sie mit ihrer Stimmungsmache von den wirklichen Problemen ab.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge!
Solidarität statt Ausgrenzung!
Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit!

DIE LINKE.
Kreisverband Darmstadt